



18. Mai 2018

AUSGABE 4/2018

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

diese Woche war Haushaltswoche. Das heißt, der Haushaltsentwurf für 2018 und die Planung bis 2022 werden beraten. Zunächst konnte ich meinen Augen nicht trauen, als ich in der Presse las, dass unser Finanzminister zukünftig die Investitionen zurückfährt. Aber da hat wohl jemand im Vorfeld nur Teilinformationen rausgepusht, die das Gesamtpaket in einem falschen Licht darstellten. Hierzu unter der Überschrift „Sozis und Geld“ mehr. Welche Schwerpunktsetzung wir uns für den Bereich Wirtschaft vorstellen, habe ich in meiner Rede am Donnerstag verdeutlicht. Es wird niemanden verwunden, dass ich mich für Innovationsanreize gerade für kleine und mittlere Unternehmen ausgesprochen habe.

Zudem arbeiten wir und unsere Minister an der Ausgestaltung von Gesetzen, die noch vor der Sommerpause ins Kabinett oder durch den Bundestag sollen, z. B. Brückenteilzeit, Angebote für Langzeitarbeitslose, Gute-Kita-Gesetz, Familienzusammenführung.

Besuch aus der Heimat bekam ich in dieser Woche gleich zwei Mal. Einmal von der Wohnungswirtschaft und die Gruppe „ZWAR“ war mit dem Schiff da. Hoffe, wir haben alle immer viel Wind in den Segeln!

Sozis und Geld

Jetzt, wo wir den Finanzminister stellen, ist die Union so ausgabebereit wie noch nie. Ist ja klar, denn die finanzielle Verantwortung liegt bei uns. Reißen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte Richtschnur, sind es die Sozis, die nicht mit Geld umgehen können.

Fakt ist, dass wir die reinen Investitionen erhöhen. Sie steigen auf fast 38 Milliarden Euro und sind damit um 10 % höher als 2017 – und das ohne neue Schulden aufzunehmen.

Die größten Investitionen tätigen wir im Bereich Arbeit und Soziales, Familie, Bildung und Wohnen. In meiner oben erwähnten Rede zum Wirtschaftshaushalt habe ich gestern klar gesagt, dass wir – obwohl wir Mehreinnahmen erwarten – nicht mit der Gießkanne durchs Land ziehen werden. Wir investieren gezielt in die Zukunft.

Berliner Büro Tel.: 030 227 78494

Wahlkreis Büro Tel.: 0231 286 786 18

www.sabine-poschmann.de

Fax: 030 227-76496

Fax: 0231 286 786 16

<https://www.facebook.com/poschmann.spd>

sabine.poschmann@bundestag.de

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Mit der Union haben wir uns darauf verständigt, dass auch unser umfangreiches Investitionspaket für mehr bezahlbaren Wohnraum noch vor der Sommerpause ins Kabinett kommen soll. Dazu gehört:

- Sozialen Wohnungsbau ankurbeln:

Bis zum Jahr 2021 schaffen wir 1,5 Millionen neue Sozialwohnungen, die sich auch Menschen mit geringem Einkommen leisten können. Dafür investieren wir zusätzliche zwei Milliarden Euro. Bereits am 2. Mai haben wir mit einer Grundgesetzänderung den Weg für dauerhafte Investitionen des Bundes in den sozialen Wohnungsbau frei gemacht.

- Mietpreisbremse verschärfen:

Mieter schützen wir künftig besser vor überhöhten Kosten, indem wir die Vermieter verpflichten, Auskunft über die Vormiete zu geben. Nur so haben Mieter die Chance, Verstöße gegen die Mietpreisbremse zu erkennen. In Dortmund gilt die Mietpreisbremse nicht, weil die Landesregierung NRW den Dortmunder Wohnungsmarkt nicht als besonders angespannt ansieht.

- Modernisierungsumlage begrenzen:

Zusätzlichen Schutz für Mieter gibt es bei der Modernisierungsumlage. Immer wieder führen Vermieter in ihren Häusern Modernisierungen durch, die sie anschließend über Mieterhöhungen auf die Mieter abwälzen. Künftig dürfen diese Mietsteigerungen maximal 8 statt bisher 11 % der Modernisierungskosten betragen. Modernisierungen sind natürlich in vielen Fällen notwendig und angebracht. Es gibt aber immer wieder Fälle, in denen dadurch gezielt Mieter verdrängt werden sollen, z. B. weil künftige Mieter bereit sind, mehr zu zahlen. Dieses „Herausmodernisieren“ wird in Zukunft als Ordnungswidrigkeit sanktioniert. Im Gesetzgebungsverfahren werden wir uns dafür einsetzen, dass die Regelung zur Modernisierungsumlage nicht auf bestimmte Gebiete beschränkt wird, sondern bundesweit gilt. Denn nur dann würde auch Dortmund davon profitieren.

- Neubau von Mietwohnungen durch steuerliche Anreize fördern:

Um zügig neue Wohnungen zu schaffen, die man sich auch leisten kann, sind bis 2021 höhere Sonderabschreibungen möglich. Neben neuen Häusern mit Mietwohnungen können auch Dachgeschosse ausgebaut oder Gewerbeflächen umgewandelt werden. Bedingung ist, dass der neue Raum für mindestens 10 Jahre ausschließlich zum Wohnen genutzt wird, und dass die Miete nicht zu hoch ist.

- Baukindergeld:

Familien wollen wir ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Dafür kommt nun das Baukindergeld für Neubau oder Kauf eines Eigenheims. Das Haushaltseinkommen einer Familie mit einem Kind darf aber nicht höher sein als 90.000 Euro. Je mehr Kinder man hat, umso höher darf das maximale Einkommen sein. Wir hätten uns hier eine deutlich niedrigere Deckelung gewünscht, aber nur dieser Kompromiss war möglich.

Atomabkommen mit dem Iran retten

Ich bedauere den Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran – auch wenn sich diese Entscheidung Donald Trumps leider schon abgezeichnet hatte. Trump heizt damit wieder einen Konflikt an, für den man mit dem Abkommen bereits eine gute Lösung gefunden hatte. Für die Aufkündigung gibt es keinen Grund, denn die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) sieht keine Anzeichen dafür, dass der Iran gegen das Abkommen verstößt. Das ist politisch grob fahrlässig und zeigt wieder einmal, dass es Trump ohne Rücksicht auf Verluste nur um seine eigenen Interessen geht und darum, seine teils abstrusen Wahlversprechen umzusetzen. Deutschland und die EU versuchen nun, gemeinsam mit den verbliebenen Vertragsparteien, das Atomabkommen mit dem Iran zu retten.

Auch die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem war eine unnötige Provokation Trumps. Diese fand am Tag der Feier des 70-jährigen Bestehens Israels statt. Es hat mit Sicherheit dazu beigetragen, dass es zu den heftigen Gewaltausbrüchen am Gaza-Streifen gekommen ist, bei denen es mehr als 50 Tote und über 2.000 Verletzte gab. In der schwierigen Lage sind Verhandlungen und besonnenes Handeln wichtiger denn je, aber das scheint Trump leider nicht zu interessieren!

Klagerechte von Verbrauchern verbessern

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche die sogenannte Musterfeststellungsklage auf den Weg gebracht. Diese muss man sich als eine Art „Einer-für-alle-Klage“ vorstellen. In Fällen, in denen mehrere Menschen auf die gleiche Weise Schaden erlitten haben, müssen sie nicht mehr wie bisher einzeln klagen. Stattdessen übernimmt ein Verbraucherschutzverband für alle Betroffenen den Prozess.

Dies wäre eine deutliche Verbesserung für Verbraucher. Denn als Einzelperson ist es sehr schwierig, gegen große Unternehmen zu klagen. Ein Prozess ist für den Einzelnen sehr aufwändig und kostspielig. Das beste Beispiel dafür ist der VW-Abgas-Skandal. Aktuell müsste jeder, der von den manipulierten Schadstoffwerten betroffen ist, einzeln gegen VW klagen. Künftig könnten sich alle Betroffenen zusammenschließen und ein Verband würde versuchen, in einem Prozess Schadensersatz durchzusetzen. Selbst wenn die Klage scheitert, bleiben die Betroffenen nicht auf den Prozesskosten sitzen. Damit die Schadensersatzansprüche für die etwa zwei Millionen VW-Geschädigten nicht verjähren, wollen wir die Regelung besonders schnell umsetzen.

Die neue Regelung sieht im Detail vor, dass sich zunächst zehn Betroffene zusammenschließen müssen, damit ein Verband eine Klage bei Gericht einreichen kann. Innerhalb von zwei Monaten müssen sich dann weitere 40 Betroffene bei einem Klageregister anmelden – dann ist die Musterfeststellungsklage zulässig und der Prozess kann beginnen.

Die Kneipendiskussion Anfang Mai mit Lars Klingbeil hat viel Spaß gemacht. Der direkte Austausch in kleiner Runde hat denen, die da waren, gut gefallen. Auch deshalb möchte ich „Poschmann, Pils und Politik“ von nun an regelmäßig durchführen. Der nächste Gast ist unser Juso-Vorsitzender Kevin Kühnert, der am 6. September (Donnerstag, 18 Uhr) nach Dortmund ins Sissikingkong kommt. Merkt euch den Termin also schon einmal vor – eine Einladung folgt aber natürlich rechtzeitig. Das Sissikingkong befindet sich übrigens in der Landwehrstraße im Hafenviertel. Vom Hauptbahnhof aus fährt der Bus 475, der direkt vor dem Sissikingkong hält (Haltestelle Kesselstraße).

Nach der Haushaltswoche in Berlin bin ich nun zwei Wochen in Dortmund unterwegs.
Ich wünsche euch schöne Pfingsten!

Liebe Grüße

Eure 